

Positionspapier

erarbeitet im Auftrag des Bezirksvorstands als ergebnisoffene Diskussionsgrundlage für den Bezirksdelegiertentag der FU-Nordbaden am 15. Oktober 2005 in Pforzheim

Mitglieder der Projektgruppe: Dore Dinkelmann-Möhrling, Dr. Helga Brähler, Gabi Hefner, Dr. Evelyn Herz, Claudia Philipp-Schwöbel und Claudia Stauffer

Kinder gibt es anderswo?!

Vor dem Hintergrund

eines in Deutschland immer weniger auf die Zukunft bezogenen Denkens und Handelns in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft,

der als Folge fehlender Geburten und zunehmender Lebenserwartung in ein bedrohliches Ungleichgewicht geratenen demographischen Entwicklung ,

steigender Anforderungen einer sich immer schneller verändernden Berufswelt in einer globalen Wirtschaft,

einer zunehmend gut ausgebildeten Generation von Frauen,

einer vielfach notwendigen, aber auch oft gewollten Berufstätigkeit von Vater und Mutter,

einer wachsenden Zahl alleinerziehender Väter und Mütter,

unzureichender Standortbedingungen der deutschen Wirtschaft als Folge fehlender Rahmenbedingungen für Familien mit Kindern,

zunehmender Erziehungsprobleme in Elternhaus und Schule,

der auch in der jüngsten Pisa-Studie festgestellten Bildungsdefizite mit der Folge mangelhafter Voraussetzungen für eine erfolgreiche Berufsausbildung,

einer steigenden Zahl von Schulabbrechern,

kinderfeindlicher Lebensbedingungen vor allem in Ballungsräumen

und nicht zuletzt aus Verantwortung für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes

und mit allem Respekt vor den unterschiedlichen Lebensmodellen der Menschen

fordern wir

- **ein Umdenken in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft,**
- **die Umsetzung eines ganzheitlichen Bildungs- und Betreuungskonzeptes in Kindergarten und Schule durch konsequente Umschichtung öffentlicher Gelder, die bisher in Millionenhöhe für Individualförderung und „Reparatur“ ausgegeben wurden, zu Gunsten**

1. von Familien mit Kindern vom ersten bis zum sechsten Lebensjahr durch

Ausbau einer verlässlichen Betreuung für Kinder vom ersten bis zum sechsten Lebensjahr (Krippen, Tageseltern, Kinderhäuser u.ä.),

Einführung eines verpflichtenden, kostenfreien 3. Kindergartenjahres um eine bessere Schulfähigkeit zu erreichen. Schwerpunkte sollten z.B. sein: Förderung der Sprachfähigkeit, der motorischen Entwicklung, des sozialen Verhaltens und einer gesunden Ernährung, um so auch Folgeprobleme und -kosten zu verhindern,

Anpassung der Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen an den Bedarf (Schichtarbeit, Ferien),

Einführung eines verbindlichen Bildungsplanes für den Bereich Kindergarten,

verbesserte Ausbildung und Besoldung der in der frühkindlichen Erziehung Tätigen, der Beruf des Erziehers sollte auch für Männer attraktiv sein (Gender-Aspekt),

Anpassung der Studiengebühren für das weiterqualifizierende Studium in der Erzieherausbildung an die allgemeine Entwicklung im Hochschulbereich,

2. einer dem europäischen Standard entsprechenden Schulausbildung durch

Einführung der flächendeckenden und verpflichtenden Ganztagschule als Regelschule ab der 1. Klasse mit dem Auftrag, auch in den zusätzlichen Stunden Bildung in den Vordergrund zu stellen und nicht nur Betreuung anzubieten (europäischer Standard),

Einschulung spätestens mit Vollendung des 6. Lebensjahres (europäischer Standard),

Wettbewerb der Schulen mit unterschiedlichen Angebotsprofilen (musisch, sportlich, handwerklich, naturwissenschaftlich usw.),

Verkürzung der Schulferien,

Fortbildung der Lehrer und Lehrerinnen in den Ferien,

Präsenzpflicht der Lehrer und Lehrerinnen während der Wochenarbeitszeit (BAT),

Abschaffung des Beamtenstatus der Lehrer und Lehrerinnen,

eine bessere Bezahlung der in den Grundschulen tätigen Lehrer und Lehrerinnen, der Beruf des Grundschullehrers sollte auch für Männer attraktiv sein (Gender-Aspekt),

3. einer finanziellen Unterstützung von Familien mit Kindern durch

ein einkommensabhängiges Familiengeld für Eltern mit Kindern von 0 bis 1 Jahr (Maßstab Arbeitslosengeld),

Schaffung einer Familienkasse zur Bündelung aller staatlichen Leistungen für Familien mit Kindern,

deutliche Anhebung des Kindergeldes ab dem 3. Kind,

volle Anerkennung des Arbeitsplatzes Haushalt im Steuerrecht (dient der Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen und der Verringerung von Schwarzarbeit),

angemessene Berücksichtigung von Kindern im Steuerrecht,

stärkere Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten in der Rentenbemessung.

Fazit:

In einer globalisierten Welt sind verlässliche Kinderbetreuung und gute Schulbildung harte Standortvoraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft auch in Baden-Württemberg.

Wir haben immer noch für vieles Geld und vergrößern tagtäglich ungeniert unsere Staatsschulden, die in späteren Jahren von einer deutlich kleineren Generation getragen werden müssen.

Um diese verhängnisvolle Entwicklung umzukehren und Deutschland auf Dauer jung und dynamisch zu erhalten, muss sich unser Denken und Handeln auf die Förderung der Familie und der jungen Generation konzentrieren,

sonst gibt es Kinder nur noch anderswo.